

insight

JUNI 2013

WWW.ESF.AT



MAGAZIN DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS



P.b.b. Verlagsort 1150 Wien Plus.Zeitung 11Z1038810P

SOZIALE VERANTWORTUNG

ÖSTERREICH
Beschäftigung
für Ältere

EUROPA
Nachhaltiges
Wachstum

PROJEKTE
Collage Arts London
ABO Vorarlberg



Foto: Schreiner



BIBIANA KLINGSEISEN

Seit 1957 engagiert sich der Europäische Sozialfonds für mehr Arbeitsplätze, bessere Aus- und Weiterbildung und für eine Gesellschaft ohne soziale Ausgrenzung. Diese Ziele sind in der Strategie „Europa 2020“ festgeschrieben, um für Europa ein nachhaltiges und integratives Wachstum sicherzustellen. Doch wo stehen wir heute und vor allem wie lösen wir die großen Herausforderungen, wie die EU weite Jugendarbeitslosigkeit und die Armutsbekämpfung? Dazu haben wir verschiedene ExpertInnen eingeladen, die der Frage nachgingen: „Wie können wir den Wandel sozial gerecht gestalten?“ Die Antworten finden Sie auf den Seiten 4 und 5. Und wir konnten Hannes Swoboda, EU-Parlamentarier und Fraktionsleiter der Europäischen Sozialdemokraten für einen Gastkommentar mit dem Titel „Wachstum braucht soziale Gerechtigkeit“ gewinnen. Lesen Sie mehr auf Seite 6.

Fonds mit Verantwortung

75 Milliarden Euro – ergänzt durch rund 50 Milliarden aus nationalen Budgets der Mitgliedsstaaten – investiert der Europäische Sozialfonds zwischen 2007 und 2013 in der Europäischen Union. Nach den Schätzungen der EU-Kommission profitieren davon mehr als 70 Millionen Menschen innerhalb der gesamten EU. Diese Investitionen in Menschen stehen für die immense soziale Verantwortung des Fonds – und all seiner AkteurInnen.

ESF-Polylog

Am 24. Juni findet in Wien der ESF-Polylog statt. Der Titel ist Programm: „Von der Schule in den Beruf“. Eingeladen haben wir verschiedene ArbeitsmarktakteurInnen – von Beratung, Forschung, offener Jugendarbeit bis hin zu Produktionsschule, Interessenvertretung und Arbeitsmarktservice. Sie werden an einem langen Tisch Platz nehmen und in kurzen Reden ihre Vorschläge für die Zukunft darlegen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre mit der neuen Ausgabe des ESF Insight. Wir freuen uns, wenn Sie den ESF auch im Internet besuchen – www.esf.at oder Ihre Meinung auf einem unserer Social Media-Kanäle posten.

Ihre
BIBIANA KLINGSEISEN
bibiana.klingseisen@bmask.gv.at

corporate SOCIAL responsibility

Unternehmen haben durch ihr Handeln unmittelbar Einfluss auf das gesellschaftliche Umfeld. Die EU-Kommission stellt dies deutlich klar und definiert CSR als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. VON SYLVIA BIERBAUMER

In der Mitteilung der Kommission für eine neue EU-Strategie (2011-14) für die soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) heißt es weiter: „Nur wenn die geltenden Rechtsvorschriften und die zwischen Sozialpartnern bestehenden Tarifverträge eingehalten werden, kann diese Verantwortung wahrgenommen werden.“

Über freiwillige Mindeststandards hinaus

Damit erübrigt sich die Diskussion hinsichtlich „Freiwilligkeit“: Die Verantwortung für die Auswirkungen unternehmerischer Tätigkeit auf die Gesellschaft besteht und muss ohne Einschränkung wahrgenommen werden. Letztlich stellt die Kommission fest: „Damit die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung in vollem Umfang gerecht werden, sollten sie auf ein Verfahren zurückgreifen können,

„Eine nachhaltig soziale, gerechte Entwicklung der Gesellschaft braucht verbindliche Normen, Transparenz und Kontrolle.“

mit dem soziale, ökologische, ethische, Menschenrechts- und Verbraucherbelange in enger Zusammenarbeit mit den Stakeholdern in die Betriebsführung und in ihre Kernstrategie integriert werden“ (EC 2011, S. 7).

CSR zielt in diesem breiten Ansatz somit direkt auf das unternehmerische Kerngeschäft, die internationale Wertschöpfungskette transnational agierender Unternehmen, inkludiert unterschiedliche Stakeholder-Interessen und umfasst die sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekte unternehmerischer Verantwortung. CSR ist somit weit mehr als ein Marketinginstrument oder punktuelles Engagement, sondern muss transparent, seriös und umfassend erfolgen – „beyond compliance“, also über das gesetzliche Mindestmaß hinaus.

CSR fordern und fördern

Der gesellschaftliche Legitimationsbedarf unternehmerischen Handelns und die steigenden Anforderungen an die wirtschaftliche Effizienz machen es unerlässlich, die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene einzufordern, aber auch zu unterstüt-

zen: Durch nachhaltige Bewusstseinsbildung und Information, durch die Entwicklung klarer Rahmenbedingungen in Form von Gesetzen und Standards, durch die Ausgestaltung zielgerichteter Anreizsysteme und nicht zuletzt durch die Übernahme der Vorbildfunktion in der öffentlichen Beschaffung.

BMASK: Soziale Komponente stärken

Das BMASK legt im Themenfeld CSR den Fokus auf die Stärkung der sozialen Komponente. Soziale Nachhaltigkeit im Sinne von Armutsbekämpfung, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit erfordert, neben einem klaren Bekenntnis zur Einhaltung und zum Schutz der Menschenrechte, die gezielte Förderung von ArbeitnehmerInnen, die Berücksichtigung der Interessen von KonsumentInnen, die Gewährleistung der Gleichstellung von Frauen und Männern, die Stärkung von Diversität im Unternehmen sowie eine aktive Entwicklung des lokalen und regionalen sozialen Umfeldes.

Zukunft und soziale Nachhaltigkeit

Die umfassende Einbindung aller relevanten AkteurInnen – von Regierung, Ministerien und Sozialpartnern bis zu Unternehmen, Organisationen und der Zivilgesellschaft – in den Diskussions- und Gestaltungsprozess ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines ausbalancierten und zukunftsweisenden CSR-Konzepts. Eine nachhaltig soziale, gerechte Entwicklung der Gesellschaft braucht verbindliche Normen, Transparenz und Kontrolle. Internationale Regelungen können dahingehend lediglich Mindeststandards formulieren, aber corporate SOCIAL responsibility muss darüber hinausgehen und höhere Maßstäbe für das Verhalten von Unternehmen, Politik und Gesellschaft setzen. ■

Sylvia Bierbaumer leitet die Abteilung V/B/3 „Gender Mainstreaming, Menschenrechte, CSR, Besuchsbegleitung“ im BMASK

AUF EINEN BLICK

CSR und Diversity

http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/CSR_Diversity

Corporate Social Responsibility

Bierbaumer, Sylvia (2012): Soziale Verantwortung aus Sicht des österreichischen BMASK, in Schneider/Schmidpeter: Corporate Social Responsibility, Springer.

Arbeitsmarktpolitik ausbauen – Beschäftigung für Ältere schaffen



Foto: P. Späth / BMASK

Ende April betrug die Arbeitslosenquote in Österreich 4,7 Prozent. Damit ist sie im europäischen Vergleich weiterhin am geringsten und beträgt nicht einmal die Hälfte des europäischen Durchschnitts. Gerade jetzt muss die Politik auf neue Initiativen setzen, um die im europäischen Vergleich gute Arbeitsmarkt- und Beschäftigungslage zu erhalten. VON SOZIAL- UND ARBEITSMINISTER RUDOLF HUNDSTORFER

Vor kurzem lud der Sozialausschuss des österreichischen Nationalrats die FachkollegInnen des deutschen Bundestags zu einem zweitägigen Arbeitstreffen nach Wien ein. Gemeinsam mit den Gästen aus Deutschland wurden konkrete Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im EU-Raum erörtert. Österreichs Vorbildrolle beim EU-weiten „Jugendgarantie“-Programm wurde dabei ebenso thematisiert wie die Herausforderungen bei der Pensionsreform und die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Vorbild Ausbildungsgarantie

Nach aktuellsten Arbeitsmarktdaten ist Österreich zweifacher Europameister: Sowohl bei der Gesamtarbeitslosigkeit, als auch bei der Jugendarbeitslosigkeit. Die im aktuellen EU-Finanzrahmen für die Ausbildungsgarantie junger Menschen vorgesehenen sechs Milliarden Euro bilden hier eine wichtige Grundlage. Allerdings wurde in den Arbeitsgesprächen festgehalten, dass – abgesehen von Österreich und Deutschland – die duale Ausbildung in den meisten Mitgliedsländern keine oder nur eine untergeordnete Rolle in der Berufsausbildung spielt. Daher gilt es nun, diese europaweite Jugend-Ausbildungsgarantie mit kon-

kreten Inhalten zu füllen. Darauf wollen wir uns in Österreich nicht ausruhen, sondern auch eine Art „Beschäftigungsgarantie für Ältere“ schaffen. Die Arbeitsmarktsituation von älteren Menschen ist derzeit so, dass sich ArbeitnehmerInnen ab 50 in der Regel in stabilen Arbeitsverhältnissen befinden. Es gab noch nie so viele Beschäftigte über 50 Jahren wie heute. Aber wenn ältere Menschen einmal arbeitslos werden, ist es besonders schwierig, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen und dabei dürfen wir sie nicht alleine lassen.

Beschäftigungsgarantie für Ältere

Grundsätzlich laufen unsere Bemühungen auf verschiedenen Ebenen, um das faktische Pensionsantrittsalter anzuheben. Mit einer Beschäftigungsgarantie sollen die Menschen die Möglichkeit haben, bis zum Pensionsantritt in Beschäftigung zu sein und auch mehr zu verdienen als in der Arbeitslosigkeit. Als wesentlichen Hebel dafür, stelle ich mir ein Bonus-Malus-System vor; bei diesem Thema sind die Sozialpartner gefordert und ich hoffe, dass dieses Konzept bis Herbst vorliegen wird. Als weitere Maßnahmen planen wir einen Anreiz für Betriebe in Form von Eingliederungsbeihilfen sowie den Ausbau des zwei-

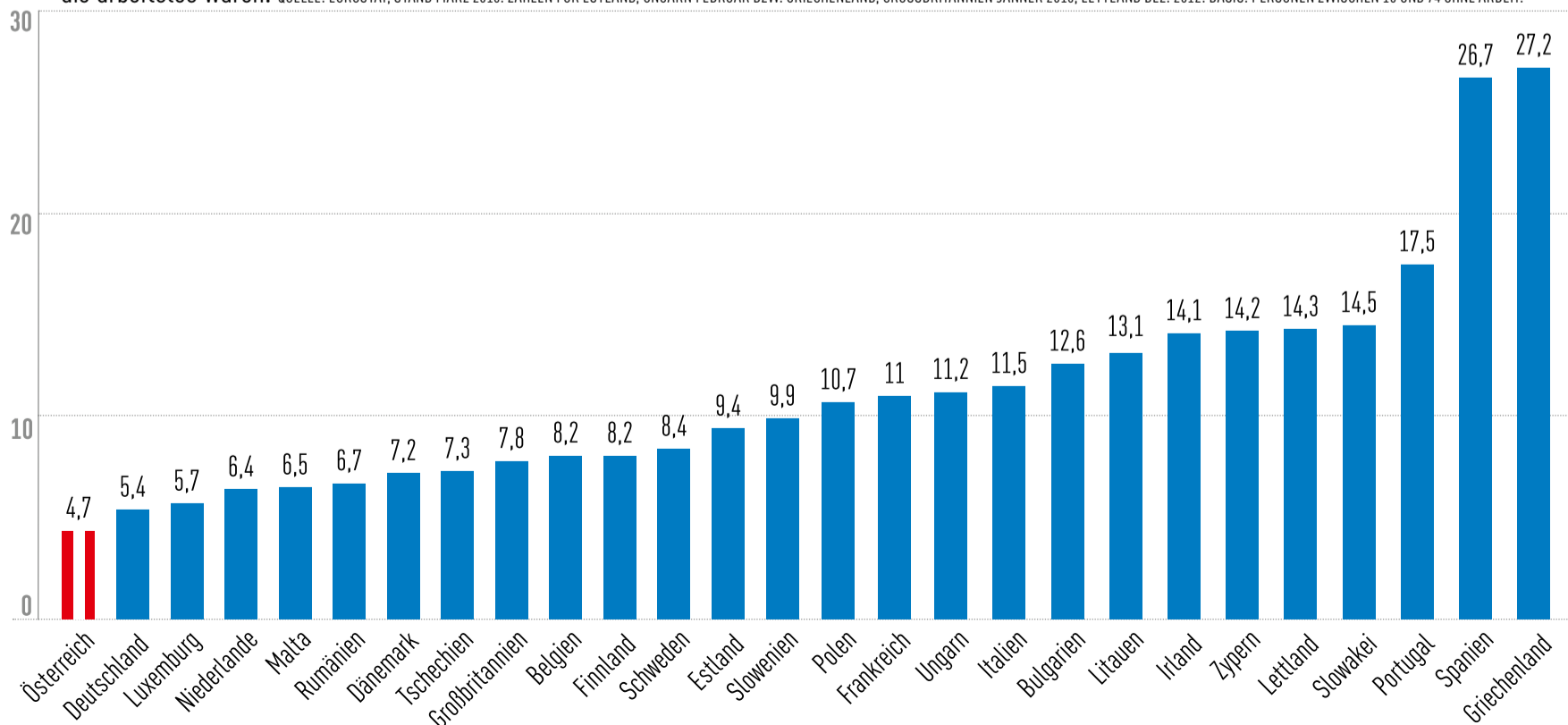
ten Arbeitsmarkts. Dabei soll beispielsweise die Zusammenarbeit von Beschäftigungsprojekten zwischen öffentlichem Bereich und Privatwirtschaft ausgebaut werden. Wenn es der Gesundheitszustand der Person erlaubt, ist das Ziel immer die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Dabei werden neue Wege beschritten: Pilotprojekte zeigen, dass ein schrittweiser, zum Teil begleiteter Zugang, auf die individuellen Ressourcen und Potentiale abgestimmt, ein recht erfolgreicher Weg ist.

AMS-Programm Reife Leistung

Ein Schritt in Richtung Beschäftigungsgarantie ist das AMS-Programm „Reife Leistung“, das bereits gestartet wurde. Es setzt an zwei Punkten an: Einerseits sollen mittels Eingliederungsbeihilfen älteren Arbeitslosen nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden, andererseits geben Arbeitsplatz-Coaches diesen Menschen Unterstützung im Job und bei sozialen Problemen. Nicht nur über 50-Jährige, sondern auch jüngere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen werden davon profitieren. Mit diesem Programm wollen wir bis Ende 2014 rund 5.000 Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren. ■

Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union

In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im März 2013 bei 10,9%, das sind laut Eurostat-Schätzung 26,521 Millionen Männer und Frauen, die arbeitslos waren. QUELLE: EUROSTAT, STAND MÄRZ 2013. ZAHLEN FÜR ESTLAND, UNGARN FEBRUAR BZW. GRIECHENLAND, GROSSBRITANNIEN JÄNNER 2013, LETTLAND DEZ. 2012. BASIS: PERSONEN ZWISCHEN 15 UND 74 OHNE ARBEIT.



„Wir müssen den Wandel sozial gestalten“

Mehr Beschäftigung, weniger Armut; mehr Bildung und einheitliche soziale Mindeststandards. Die Ziele für Europa bis zum Jahr 2020 stehen fest. Ist Österreich auf dem richtigen Weg? Welchen Gruppen brauchen besondere Unterstützung? Welchen Beitrag leistet der Europäische Sozialfonds? Die Redaktion hat fünf Expertinnen dazu befragt. Hier ihre Antworten.

1 Was sind für Sie die drei größten sozialen Herausforderungen, die Österreich lösen muss?

GABRIELE SCHMID, AK WIEN: Am wichtigsten ist es das österreichische Schulsystem so umzugestalten, dass alle Jugendlichen mit Grundkompetenzen ausgestattet die Schule verlassen können. Dazu bedarf es Sofortmaßnahmen, damit alle Jugendlichen während ihrer Ausbildung allfällige Defizite aufholen können. Nicht zuletzt muss dieser Übergang in das Erwerbsleben beziehungsweise in weiterführende Ausbildungen wie die Lehre, professionell begleitet werden.

ROSWITHA KIKOWSKY, VOLKSHILFE BESCHÄFTIGUNG: Wir wissen: je höher der Bildungsabschluss, desto besser die Jobchancen. Aber zehn Prozent aller Jugendlichen in Österreich haben nach der Pflichtschule weder eine weiterführende Schule noch eine Lehre abgeschlossen. Bei unseren Projekten haben wir die Erfahrung gemacht, dass individuelle Betreuung in Kombination mit sinnvoller Tätigkeit gerade bei Jugendlichen dazu beiträgt, die Lebenssituation zu stabilisieren und neue Perspektiven zu erarbeiten.

ULLI REBHANDL, BMASK: Natürlich ist und bleibt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein zentraler Schwerpunkt unserer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Doch die Entwicklungen am Arbeitsmarkt stellen im Besonderen für Menschen mit Behinderung eine Herausforderung dar. Arbeit zu haben sichert nicht nur die Existenz, sie ermöglicht Selbstbestimmung, gibt Sinn, Struktur und bedeutet Teilhaben am Leben – ganz im Sinne der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Die wichtigsten

Dinge, die es derzeit für Menschen mit Behinderung zu tun gibt, sind: Sicherung von Arbeitsplätzen, Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Gestaltung einer gesundheitsfördernden und altersgerechten Arbeitswelt.

CHRISTIAN FRIESL, INDUSTRIELLENVEREINIGUNG: Eine der größten Herausforderungen für Europa ist der demografische Wandel, den es zu gestalten gilt. Wir brauchen neue Konzepte und Visionen für eine Wirtschaft, die ökonomischen Erfolg mit ökologischer und sozialer Verantwortung verbindet, ein Update der Sozialen Marktwirtschaft sozusagen. Dazu braucht es drittens mehr Investitionen in den Bereich Bildung, weil Bildung Zukunft per se ist.

PETER LINDNER, SALZBURG AG: Eine wirkungsvolle Integrationspolitik, die Sicherstellung des alternsgerechten Arbeitens, sowie eine umfassende Verwaltungs- und Schulreform. Gerade große Unternehmen tragen hierbei eine große soziale Verantwortung als Arbeitgeber von vielen tausenden von Menschen. Als Infrastrukturdienstleister in Salzburg unterstützen wir etwa unsere MitarbeiterInnen bei der Integration in das Unternehmen und im Bereich des alternsgerechten Arbeitens bieten wir Tandems, altersgemischte Teams, unterschiedliche Arbeitszeitmodelle und Home Office an.

2 Welche Personengruppen sind von der Krise und dem sozialen Wandel besonders betroffen?

PETER LINDNER: Die nächsten Jahre werden vor allem junge MigrantInnen treffen, die ihren Platz in Österreich (und in Europa) noch finden müssen. Auch Frauen sind betroffen, vor allem jene mit längeren Berufsunterbrechungen und ältere ArbeitnehmerInnen (55+).

GABRIELE SCHMID: Aus meiner Sicht: Jugendliche, die aus sozial benachteiligten Haushalten stammen – viele mit Migrationshintergrund. Sie sind sowohl bei Schulerfolg als auch beim Ausbildungseinstieg zurückgesetzt. Ihre Eltern können die notwendigen förderlichen Bedingungen (Lernen, Nachhilfe, Netzwerke) nicht schaffen. Anstelle von Rufen

nach „besseren Jugendlichen“ geht es darum, die Talente der Jugendlichen zur Entfaltung zu bringen und intensiv in das Erreichen der Ausbildungsreife zu investieren.

ULLI REBHANDL: Bedingt durch den Wandel der Gesellschaft ergibt sich eine Verschiebung bei den Zielgruppen. Wenn von Behinderung gesprochen wird, geht es nicht mehr nur um die medizinische Einschätzung einer Behinderung, sondern auch darum, den individuellen Unterstützungsbedarf zu berücksichtigen. Damit wird auch die Chancengleichheit erhöht.

Weniger Schulabbrüche

9,5 %

Die SchulabbrecherInnenquote soll auf 9,5 Prozent gesenkt werden

CHRISTIAN FRIESL: Es gibt Gruppen, die mehr Chancengerechtigkeit brauchen. Frauen etwa. Deshalb sind die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Gleichstellung wichtig. Aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte. Deshalb beschäftigen wir uns in der Industriellenvereinigung intensiv mit qualifizierter Zuwanderung und gelingender Integration.

ROSWITHA KIKOWSKY: Als Volkshilfe Beschäftigung wollen wir langzeitarbeitslosen Menschen und Menschen mit Behinderung einen Zugang in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Eine Erhöhung der Mindestsicherung beziehungsweise der Arbeitslosenunterstützung auf die Armutsgefährdungsschwelle würde vielen etwas Luft verschaffen. Gerade bei unseren Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche ohne Ausbildung zeigt sich, dass eine frühe Förderung zentral ist. Deshalb ist eine Verbesserung der Schnittstellen zwischen Schule und Arbeitswelt hilfreich. Flächendeckende Präventivmaßnahmen zu setzen ist wirkungsvoller und billiger als Armut entstehen zu lassen.

Mehr Beschäftigung

77 - 78 %

aller 20 bis 64-jährigen Frauen und Männer sollen eine Beschäftigung haben

Fotos: Beigestellt



»Prävention ist besser als Armut entstehen zu lassen.«

Roswitha Kikowsky
Geschäftsführerin Volkshilfe Beschäftigung



»Der ESF soll Ausbildungen im Bereich Pflegeberufe sicherstellen.«

Peter Lindner
Leitung Strategie, Kultur und Entwicklung, Salzburg AG



»Das österreichische Berufsbildungssystem ist vorbildhaft.«

Gabriele Schmid
Leitung Bildungspolitik, AK Wien



»Europa muss den demografischen Wandel aktiv gestalten.«

Christian Friesl
Leitung Gesellschaftspolitik, Industriellenvereinigung



»Eine Strategie gegen Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung ist wichtig.«

Ulli Rebhandl
Leitung Abteilung IV/A/6, BMASK

3 Was läuft gut in Österreich und könnte für Europa vorbildhaft sein? Wo gibt es noch Nachholbedarf?

GABRIELE SCHMID: Vorbildhaft für Europa ist sicherlich das österreichische Berufsbildungssystem in seiner Gesamtheit, abgefedert durch gezielte Investitionen der Arbeitsmarktpolitik. Klaren Nachholbedarf gibt es in der vorgelagerten Schule.

ULLI REBHANDL: Besonders hervorzuheben ist aus meiner Sicht die Arbeitsassistenten. Sie wurde im Rahmen des ESF eingerichtet und Ende der 90er Jahre von der EU-Kommission als Best Practice ausgezeichnet. Eine weitere wichtige Maßnahme setzt an der Schnittstelle Schule/Beruf an: Jugendcoaching als ein spezielles Angebot für Jugendliche, denen eine Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt droht. Und mit dem Netzwerk Berufliche Assistenten (NEBA) verfügt Österreich über ein bedarfsgerechtes System zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung und ausgrenzungsgefährdeten Jugendlichen. NEBA ist eine wertvolle Unterstützungsstruktur bei der weiteren Entwicklung des Gleichstellungsrechtes und ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung und Armut.

ROSWITHA KIKOWSKY: Ein Grund für die geringe Arbeitslosenquote bei Jugendlichen in Österreich im europäischen Vergleich ist das duale Bildungssystem, das Betriebe und Berufsschulen eng aneinander koppelt. Die Ausbildungsgarantie für Jugendliche trägt ebenfalls dazu bei. Nachholbedarf gibt es noch im Bildungssystem, da die Gesamtschule noch nicht flächendeckend ausgebaut ist und somit nach wie vor eine frühe soziale Selektion stattfindet.

CHRISTIAN FRIESL: Wir haben in Österreich eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die vergleichsweise gut durch die Kri-

se gekommen ist. Eher Schwierigkeiten haben wir mit Neuem, Fremden und mit Veränderungen. Das ist mit ein Grund, warum wir uns mit notwendigen Reformen – im Bildungsbereich etwa oder in der Verwaltung – schwer tun.

PETER LINDNER: Gut laufen in Österreich die ersten Integrationsmaßnahmen, und das duale System der Lehrlingsausbildung ist vorbildhaft. Nachholbedarf sehe ich bei den MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)-Studien und im Schulsystem.

4 Welchen Beitrag können öffentliche Förderprogramme, wie der ESF, leisten?

ROSWITHA KIKOWSKY: Der ESF setzt wichtige Schwerpunkte, indem er zum Beispiel sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Beschäftigungsprojekte fördert. Wichtig ist, dass die Förderungen so gestaltet sind, dass mit dem Anspruch der Wirtschaftlichkeit auch Kriterien der Gemeinnützigkeit, Nachhaltigkeit und Qualität verwendet werden. Nur so wird gewährleistet, dass die TeilnehmerInnen an den Projekten bestmöglich unterstützt werden können.

CHRISTIAN FRIESL: Öffentliche Förderprogramme sollen auf Probleme aufmerksam machen und Starthilfe geben. Etwa kann die Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeits-

markt unterstützt werden, damit nicht Herkunft oder Geschlecht über den individuellen Erfolg entscheiden, sondern Kompetenz und Engagement.

PETER LINDNER: Öffentliche Förderprogramme können eine Unterstützung für beispielsweise dringend benötigte Pflegeberufe mit entsprechender Qualifikation und Vergütung sicherstellen. Zusätzlich wäre anzudenken Erziehungszeiten für Pensionsregelungen von Frauen mit längeren Berufsunterbrechungen über ein öffentliches Förderprogramm anzuerkennen.

GABRIELE SCHMID: Der Ausgleich von sozialen Benachteiligungen durch Förderprogramme, sowohl beim Berufseinstieg als auch beim Zugang zu Ausbildungsplätzen, kann sehr gut über den ESF laufen und dies geschieht ja auch.

ULLI REBHANDL: Ein Erfolg des Europäischen Sozialfonds liegt etwa darin, dass mit dem Programm Jugendcoaching, das in der nächsten ESF Periode kofinanziert wird, ein wesentlicher Schritt gesetzt wird. Außerdem sollen die Beruflichen Assistenten in Zukunft an Bedeutung gewinnen und künftig noch mehr den Schwerpunkt im Rahmen der Förderinstrumente des Bundessozialamtes bilden. Wichtig ist auch eine langfristige und partnerschaftlich abgestimmte Strategie gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. ■

Weniger Armut und soziale Ausgrenzung

- 235.000

Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen soll bis zum Jahr 2020 um 235.000 verringert werden.

Wachstum braucht soziale Gerechtigkeit

Bereits im Jahr 2010 hat sich die EU auf die Wachstumsstrategie Europa 2020 verständigt und im Rahmen dieser Strategie fünf Kernziele definiert. Doch wo stehen wir jetzt, drei Jahre nach dem Beschluss dieser Strategie? VON HANNES SWOBODA



Zwei Ziele betreffen Kernelemente dessen, was unter einem sozialen Europa verstanden wird. 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen sollen in Beschäftigung stehen und auch die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen soll bis zum Jahr 2020 um 20 Millionen gesenkt werden.

Verschlechterung der Lage

Im Jahr 2012 lag die Beschäftigungsquote bei 68,5 Prozent (2008: 70,3%) und auch die Zahl der armutsgefährdeten Personen ist von 115,7 (2008) auf 116,3 Millionen (2010) angestiegen. Zugegeben, die Wirtschaftskrise, die uns seit dem Jahr 2008 in Atem hält, hat maßgeblich zur Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beigetragen, dennoch hat auch die Politik der vergangenen Jahre das ihre dazu getan, dass sich die Situation weiter verschärft. Zum einen hat man zögerlich auf die

Krise reagiert und wichtige Maßnahmen zu spät getroffen. Zum anderen wollte man sich aus der Krise herausparen und hat dabei eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt, die vor allem die Menschen in den Staaten Südeuropas zu spüren bekommen.

Aus der Krise herausparen?

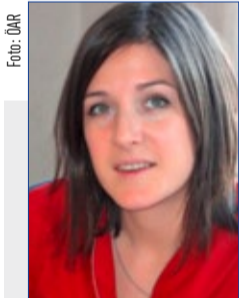
Die Auflagen der Troika, die sich aus Vertretern der EU-Kommission, der Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds zusammensetzt, haben jene Mitgliedsländer, die Hilfen aus dem Rettungsschirm erhalten, so unter Druck gesetzt, dass Sozialleistungen wie Pensionen oder Gesundheitsleistungen stark gekürzt werden mussten. Führende WirtschaftsexpertInnen und PolitikerInnen haben immer wieder davor gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen. Jetzt hat sich Kommissionspräsident Barroso erstmals kritisch zum Spardiktat geäußert und eingestanden, dass manchen Ländern mehr Zeit zur Budgetsanierung eingeräumt werden müsse. Diese Äußerungen geben Hoffnung, dennoch sind konkrete Maßnahmen notwendig, um die soziale Schieflage in Europa zu beseitigen.

Sozialpakt für Europa

Sozialer und wirtschaftlicher Fortschritt sind eng miteinander verknüpft, ein Wachstum das auf der Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit basiert, kann nicht nachhaltig sein. Europa braucht einen Sozialpakt, der die Wirtschafts- und Währungsunion ergänzt. So müssen europaweit Sozial- und Arbeitsrechte abgesichert werden, die Jugendgarantie für die Nationalstaaten Verbindlichkeit erhalten, Löhne und Gehälter existenzsichernd sein und die Autonomie der Sozialpartner garantiert werden. Ebenso braucht Europa wieder Investitionen in die Realwirtschaft und der Einfluss der Finanzmärkte muss zurückgedrängt werden. Soziale Gerechtigkeit dient nicht nur dazu, die Lebenssituation jedes Einzelnen zu verbessern, sondern ist auch essentiell für den Fortbestand unserer Demokratie. Wollen wir weiterhin ein friedliches Zusammenleben, dann muss die Lösung der sozialen Frage oberste Priorität erhalten. ■

Hannes Swoboda

Mitglied des Europäischen Parlaments,
Vorsitzender der Sozialdemokraten Europas



Mehrfachdiskriminiert!

Die Situation von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Österreich ist alarmierend.

Zahlen sind nicht immer die spannendste Art, sich einem Thema zu nähern; im Zusammenhang mit der Thematik Frauen mit Behinderungen veranschaulichen sie jedoch sehr klar die negativen Auswirkungen von Mehrfachdiskriminierung und lassen strukturelle Missstände erkennen.

(Nicht-)Präsenz am Arbeitsmarkt

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind massiven Benachteiligungen im Bildungsbereich ausgesetzt. 46 Prozent der Frauen mit Behinderung verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss. Im Vergleich dazu sind es 32 Prozent Männer mit Behinderungen, halb so viele Frauen ohne Behinderungen (23%) und nur zwölf Prozent Männer ohne Behinderungen, die über keine weitere Ausbildung verfügen. Wenig verwundern daher die Zahlen über die (Nicht-) Präsenz am Arbeitsmarkt: So nehmen lediglich 48 Prozent der Frauen mit Behinderungen aktiv am Arbeitsleben teil. Nicht mitgezählt werden hier Menschen, die als nicht arbeitsfähig eingestuft sind. Noch alarmierender sind die (nur spärlich vorhandenen) Daten zur Gewalt. In einer Studie aus 1996 (!) über sexuelle Ausbeutung von Mädchen

und Frauen mit Behinderungen gaben 64 Prozent an, dass sie in ihrem Leben schon ein- oder mehrere Male sexueller Gewalt ausgesetzt waren. Man kann also sagen, dass mehr als jede zweite Frau davon betroffen ist.

Doppelte Vorurteile

Aber woher rühren diese massiven Benachteiligungen von Frauen und Mädchen mit Behinderungen? Sowohl das gesellschaftliche Bild von Behinderung, wie auch das Bild des Geschlechts „Frau“ sind mit sehr ähnlichen Stereotypen verknüpft. Beiden werden oftmals die Attribute schwach, unselbständig, hilfsbedürftig und machtlos zugeschrieben. Verstärkt durch die doppelte Zuschreibung, sind Frauen mit Behinderungen besonders mit diesen Vorurteilen konfrontiert. Und ein segregierendes Bildungssystem, in dem die vermeintlich „Schwachen“ von den vermeintlich „Starken“ getrennt werden, trägt sein Übriges zur Verhinderung von Chancengleichheit bei. Hinzu kommt ein dramatischer Mangel an maßgeschneiderten Unterstützungen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen. All dies bildet einen idealen Nährboden für eine strukturelle und nachhaltige

Mehrfachdiskriminierung. Einerseits müssen maßgeschneiderte Angebote geschaffen werden, aber auch bestehende Einrichtungen für alle barrierefrei zugänglich sein. Angebote für Menschen mit Behinderungen müssen den Aspekt Gender vermehrt berücksichtigen, es braucht Strategien des Empowerments, wie das Projekt Ninlil (www.ninlil.at) und Angebote gegen sexuelle Gewalt an Frauen mit Lernschwierigkeiten. Die Frauenpolitik ist dazu aufgefordert, der Gruppe der Frauen und Mädchen mit Behinderungen mehr Augenmerk zu schenken; und die Gesellschaft an sich muss inklusiver gestaltet werden. Vor allem aber sind es die Barrieren in unseren Köpfen, die die Frauen und Mädchen an einer gleichberechtigten Teilhabe in unserer Gesellschaft behindern. ■

Christina Wurzinger

Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR), Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs,
Abteilung EU und internationales Recht

KOMMENTAR



Mehr als ein Arbeitsplatz

Der Vorarlberger Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung im Oberland (ABO) bietet Arbeitsplätze für besonders benachteiligte Menschen an. Basis für den Erfolg von ABO sind die Aufträge von Gemeinden und regionalen Unternehmen.

Arbeiten nach Maß

Bei ABO legt man großen Wert auf Nachhaltigkeit: Der Betrieb ist als Ökoprotit-Unternehmen zertifiziert und auch die betriebliche Gesundheitsförderung und die Kombination von Arbeit und Wohnen sind ein Teil des nachhaltigen Angebots. Im Jahr 2011 erhielt ABO daher auch als eines der ersten Vorarlberger Unternehmen das Gütesiegel für „Betriebliche Gesundheitsförderung“ (BGF) und den österreichweiten Hauptpreis für menschenwürdiges Wohnen. Die Leistungen des Vereins ABO sind vielfältig: So werden beispielsweise Kinderspielplätze gebaut, Gartenarbeiten erledigt, Montgearbeiten durchgeführt und in der hauseigenen Werkstätte Spielgeräte und Verpackungskisten aus Holz erzeugt. Aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage konnte in den vergangenen Jahren die Zahl der MitarbeiterInnen auf 50 Personen erhöht werden. Dabei handelt es sich um zeitlich befristete Arbeitsplätze.

Alle ABO-MitarbeiterInnen können ihre Leistungsgrenzen individuell ausloten, speziell auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Weiterbildungen besuchen und Bewerbungstrainings durchlaufen. Für WiedereinsteigerInnen werden Teilzeit-Arbeitsplätze angeboten, für Menschen mit Behinderungen langfristige Arbeitsplätze geschaffen. Finanziert wird die Arbeit des Vereins ABO aus den Eigenerlösen der Auftragsarbeiten und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds, der Vorarlberger Landesregierung und des AMS Vorarlberg.

Jürgen Marcabruni
www.verein-abo.at

Für kreative Kids aus London

Ein Stadtteilprojekt aus London will 1200 arbeitslosen Jugendlichen Jobs und Ausbildungen in der Kreativwirtschaft ermöglichen. Das Projekt heißt „Aspire-2.be“ und soll junge, kreative Menschen zwischen 16 und 19 Jahren ansprechen, die auf der Straße leben, keine Schule (mehr) besuchen und keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Sport, Mode und Medien

Das Projekt wurde von CollageArts, eine der führenden Organisationen im Bereich der Londoner Kreativindustrie ins Leben gerufen. Das Ziel ist hoch gesteckt: Insgesamt sollen 1200 Jugendliche ihren Horizont über den eigenen Stadtteil hinaus erweitern, um ihre Chancen auf einen Job zu erhöhen. Unterstützt werden sie dabei von einem Netzwerk von Partnerorganisationen, die in 33 Stadtteilen von London aktiv sind. „Aspire-2.be“ bietet kreative Lernangebote an, unterstützt mit individuellen Coachings und hilft beim Aufbau neuer Lern- und Lebenskompetenzen. Besonders gefördert werden die Bereiche Sport, Mode und Medien, ebenso wie betriebswirtschaftliches Know-how (business management), Verkauf und Logistik. Einen besonderen Wert legt man bei „Aspire-2.be“ auf die Motivation jener Gruppen von Jugendlichen, die aufgrund von Diskriminierung, Behinderung, Schwangerschaft oder als Alleinerzieherinnen mit Schwierigkeiten in der Schule und beim Lernen, oder bei der Jobsuche konfrontiert sind.

Aspire-2.be wird vom Europäischen Sozialfonds (ESF) und von der Young Peoples Learning Agency finanziert. Das innovative Projekt läuft noch bis Dezember 2014. Seit Jänner ist CollageArts auch Teil des Leonardo-Netzwerks mit zwölf Partnern aus zehn europäischen Städten (European Cultural Learning Network).

Preeti Dasgupta
www.aspire-2.be, www.collage-arts.org

Wieder einen Job haben

Der Verein LUNA wurde im Jahr 2000 gegründet, um arbeitslosen Frauen aus der Region Hollabrunn (Niederösterreich) den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Als Beschäftigungsprojekt bietet LUNA für 12 Frauen Dienstverhältnisse, die auf ein Jahr befristet sind. Durch die persönliche und berufliche Weiterbildung werden die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Neustart in das Berufsleben geschaffen.

Schritt für Schritt

Angesiedelt in einer stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Region, richtet sich LUNA an junge Frauen ab 16 Jahren ohne Berufserfahrung, arbeitslose Frauen (45+) und Wiedereinsteigerinnen. Das Ziel heißt konkret: Vermittlung von 40 Prozent der Frauen in ein Dienstverhältnis oder Vermittlung in eine weiterführende Ausbildung. Die Arbeit von LUNA setzt sich aus vier Bereichen zusammen: In einem ersten Schritt sollen die Frauen ihre beruflichen Fähigkeiten herausfinden und diese ihren individuell gesteckten Zielen gegenüber stellen (Implacement). In der Phase der Stabilisierung und Qualifizierung (Schritt zwei) absolvieren die Frauen als Transitmitarbeiterinnen ein Training-on-the-Job in den Bereichen Schneiderei, Verkauf, Bügelservice und Reinigung. Zugleich finden Schulungen statt, und nach Absolvierung eines Probemonats wird mit dem „Outplacement“ begonnen (Schritt drei). In dieser Phase werden die Frauen bis zu einer erfolgreichen Vermittlung begleitet. Nicht zuletzt ist die sozialarbeiterische Begleitung (Schritt vier) ein wichtiger Bestandteil der Arbeit von LUNA. In dieser Phase finden Einzelcoachings und Gruppentrainings statt und der individuelle Qualifizierungsverlauf wird beobachtet. LUNA wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des AMS und des Landes Niederösterreich finanziert.

Susanne Weber-Fedirko
www.frauenprojekt.at



LEHRLINGE

Lehre kommt von Lernen, deshalb setzt man in guten Lehrbetrieben bereits in der Ausbildung von Lehrlingen besondere Maßnahmen. Das zeigt die aktuelle Arbeiterkammer Wien-Studie „Motivation von Jugendlichen in der betrieblichen Ausbildung“. Untersucht hat man die Ausbildungspraxis von zehn ausgezeichneten Lehrbetrieben. Die Erfolgsfaktoren reichen von Entwicklung eines Ausbildungsplans über schrittweise Übertragung von mehr Verantwortung bis hin zu finanziellen Anreizen für positive Prüfungsergebnisse.

ÄLTERE

Österreich ist derzeit zweifacher Europa-meister: Sowohl bei der Gesamtarbeitslosigkeit, als auch bei der Jugendarbeitslosigkeit. Darauf wolle man sich nicht ausruhen, so Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice. Ab sofort startet das AMS daher das Programm „Reife Leistung“ – es setzt an zwei Punkten an: Über Eingliederungsbeihilfen bietet das AMS älteren Arbeitslosen und gesundheitlich eingeschränkten Menschen einerseits Beschäftigungsmöglichkeiten und andererseits Unterstüt-

WORKING POOR

Jährlich werden EU-weit Einkommen und Lebensbedingungen erhoben. Kürzlich wurde die Studie „Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich - 2011“ der Statistik Austria vorgestellt. Trotz der weiterhin anhaltenden sozialen Folgen der Krise konnte die Zahl der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Personen seit 2008 bereits um 125.000 Personen verkleinert werden. Österreich ist auf einem guten Weg, das für 2020 angestrebte Ziel einer Reduktion um 235.000 Personen zu erreichen. „Wir zählen

Bessere Ausbildung

„Wer gute Lehrlinge will, muss Ausbildung mit Qualität bieten“, sagt AK-Präsident Rudolf Kaske. Denn 98 Prozent der Lehrlinge schaffen zwar die Berufsschule, aber bei der Lehrabschlussprüfung fällt rund ein Fünftel von ihnen durch. Die AK fordert, dass die Lehrstellenförderung für Betriebe an Qualitätskriterien geknüpft wird – etwa gut geschulte AusbilderInnen, einen Ausbildungsplan, die Dokumentation der Ausbildung, etc. Bereits während der Lehrzeit soll geprüft werden, was die Jungen können. *Quelle: AK Wien*

Mehr Beschäftigung

zung bei der Integration am Arbeitsplatz durch eigene Arbeitsplatz-Coaches. Zielgruppe sind arbeitslose Personen ab 50 und gesundheitlich eingeschränkte Personen. Für die Beschäftigung dieser Personen wird Unternehmen vom AMS bis zu einem Jahr lang die Hälfte der Lohn- und Lohnnebenkosten ersetzt, Non-Profit-Unternehmen erhalten zwei Drittel. Vom Programm sollen insgesamt 5.000 Menschen profitieren, bis Ende 2014 stellt das AMS dafür 40 Millionen Euro zur Verfügung. *Quelle: AMS Österreich*

Neue Studie

damit zu den wenigen Staaten in der EU, die das EU-Vorhaben einer Verringerung der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung auch tatsächlich umsetzen“, so Sozialminister Hundstorfer. Rund 200.000 Personen haben trotz Erwerbsarbeit ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Insgesamt leben 470.000 Personen in Haushalten, die trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet sind. In der EU zählen neun Prozent der Erwerbsbevölkerung zu den „Working Poor.“ *Quelle: BMASK*

2.500

Jugendliche erwerben derzeit in einem sozialökonomischen Betrieb bzw. in einem gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt Fertigkeiten für den Arbeitsmarkt. *Quelle: BMASK*

8.900

Personen und mehr als 175 Unternehmen haben die Beratungsstellen von fit2work besucht und Informationen eingeholt. Seit Jänner 2013 ist fit2work auch im Burgenland, in Kärnten und Vorarlberg vertreten. *Quelle: www.fit2work.at*

761.255

Beschäftigte 50 plus. Noch nie gab es in Österreich so viele unselbständig Beschäftigte über 50 Jahre wie derzeit (März 2013). *Quelle: BMASK*

50 Projekte

haben dieses Jahr zum ESF-Innovationsaward eingereicht. Die Preise werden von Bundesminister Rudolf Hundstorfer am 17. Juni im Rahmen einer kleinen Feier in der Urania in Wien übergeben. Anmeldung zum Event: www.esf.at/events

Kohäsionsfonds

zeigen in der Krise Wirkung. Ende April 2013 stellte die EU-Kommission den zweiten Strategiebericht über die Umsetzung der Kohäsionsfonds im Zeitraum 2007-2013 vor. Der Bericht enthält Daten aus allen 27 Mitgliedstaaten und bietet einen Überblick, welchen Beitrag die Programme – einschließlich ESF – zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zu mehr Wachstum und Beschäftigung leisteten. *Quelle: EU-Kommission*

Tweet an @EU_Sozialfonds

„Wollen wir weiterhin ein friedliches Zusammenleben in Europa, dann muss die Lösung der sozialen Frage oberste Priorität erhalten.“

Hannes Swoboda, EU-Abgeordneter,
Vorsitzender der Sozialdemokraten im EU-Parlament



www.esf.at
www.facebook.com/esf.oesterreich